

Anzeige wegen verunreinigtem Gen-Mais

■ Bioland, BUND, Demeter und Nabu haben in Baden Württemberg bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart Strafanzeige gegen Unbekannt wegen nicht genehmigter Freisetzung von gentechnisch veränderten Maispflanzen gestellt. Hintergrund ist, dass Landwirte aus den baden-württembergischen Landkreisen Emmendingen, Karlsruhe, Ortenau und Rhein-Neckar auf mindestens 170 Hektar unbeabsichtigt Mais der Sorte Krassus der KWS Mais GmbH aussäten, der geringe Anteile der gentechnisch veränderten Maissorte NK 603 enthält. Der Anbau dieser GV-Maissorte

ist europaweit verboten. Das Land hatte den Landwirten anheimgestellt, die Saat umzupflügen oder wachsen zu lassen und in der Biogasanlage zu verwerten. Auch in Rheinland-Pfalz wurde dieses Saatgut auf 100 Hektar ausgebracht (wir berichteten in bioland 06/2009). Trotz der starken Proteste von Bioland und Umweltverbänden blieben beide Landesregierungen bei ihrem Vorgehen.

Die Anzeige der Verbände stützt sich auf ein rechtswissenschaftliches Gutachten. Aus dem geht hervor, dass bereits der Aufwuchs geringer Spuren illegaler GV-Maissorten eine Straftat darstellt. Um Schäden an Mensch und Umwelt zu vermeiden, forderte Bioland gemeinsam mit den anderen Verbänden, die verunreinigten Maisbestände unverzüglich zu ernten und zu vernichten. Da sich die Pflanzen durch Pollenflug während der Maisblüte unbegrenzt vermehren könnten, sind die ökologischen Folgen nicht absehbar. Der Sprecher des Umweltministeriums, Karl Franz, wies laut Medienberichten die Argumentation der Verbände indes zurück. „Wir bleiben bei unserer Rechtsauffassung und sind weiter der Meinung, dass wir richtig entschieden haben.“ Auch eine Offenlegung der flurstücksgenauen Standorte der betroffenen Maisflächen lehnt das Land Baden-Württemberg bisher ab.

Weitere Informationen: Bioland Baden-Württemberg, Birgit Esslinger, Tel.: 07 11/55 09 39-48, E-Mail: birgit.esslinger@bioland.de



krick/agrar-press